

Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

herausgegeben von

Univ.-Prof. Dr. Andreas Wiebe, LL.M.

Georg-August-Universität Göttingen

Univ.-Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M.

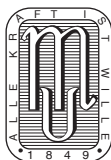
Hofrat des Obersten Gerichtshofs

Wirtschaftsuniversität Wien

2. Auflage

Titel

(3. Ausgabe, 2020)



Wien 2012

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag:

Bearbeiter in Wiebe/Kodek (Hrsg), Kommentar zum UWG² (2012) § ... Rz ...

Handig in Wiebe/Kodek (Hrsg), Kommentar zum UWG² (2018) § 7 Rz 1

Bearbeiter in Wiebe/Kodek, UWG² § ... Rz ...

Handig in Wiebe/Kodek, UWG² § 7 Rz 1

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeber, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-09872-8

© 2020 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Vorwort

Das Lauterkeitsrecht ist eine sehr „schnellebige“ Materie. Seit Erscheinen der zweiten Auflage wurde das UWG fast jährlich novelliert. Nach dem KaWeRÄG 2012 kam die UWG-Nov 2015, eine Ergänzung der aggressiven Geschäftspraktiken im Zusammenhang mit Buchungsplattformen im Jahr 2016 sowie zuletzt die Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-Richtlinie durch die UWG-Nov 2018. Diese Änderungen erforderten eine umfassende Neubearbeitung der Kommentierung. Durch das Faszikel-System konnte den gesetzlichen Änderungen sowie Entwicklungen der Rechtsprechung jeweils zeitnah Rechnung getragen werden. Mittlerweile wurde die Kommentierung der „Stammfassung“ der zweiten Auflage bereits zur Gänze mindestens einmal aktualisiert. Damit können wir unseren Leserinnen und Lesern das Werk wieder in topaktueller Form zur Verfügung stellen.

Die erfreuliche Aufnahme, die das Werk gefunden hat, war für uns ein Ansporn, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Eine Änderung gab es lediglich bei den Autoren: Für die Neubearbeitung konnte als Verstärkung des bewährten Autoren-Teams RA Dr. *Andreas Frauenberger* gewonnen werden.

Abschließend möchten wir all jenen danken, die auf vielfältige Weise zur Fertigstellung des Buches beigetragen haben. Hierzu gehören natürlich die Autorinnen und Autoren, die trotz anderweitiger starker beruflicher Anspannung rechtzeitig ihre Manuskripte fertigstellten. Dank gilt auch dem Verlag Manz für die hervorragende Betreuung und insbesondere unseren Lektorinnen Mag. *Kathrin László*, Dr. *Kerstin Pflieger* und MMag. *Astrid Trawöger* für die stets reibungslose Zusammenarbeit. Ihre Genauigkeit und Umsicht trugen maßgeblich zum Gelingen unseres Werkes bei. Natürlich würden wir uns wieder über Feedback und Anregungen aus dem Kreis unserer Leser sehr freuen.

Wien/Göttingen, im Jänner 2020

*Andreas Wiebe
Georg E. Kodek*

Vorwort zur ersten Auflage

Das Lauterkeitsrecht ist in der Praxis von steigender Bedeutung und längst keine Materie für wenige Spezialisten mehr. Mit der zunehmenden Internationalisierung des Handels und der Werbung, vor allem im Binnenmarkt, wuchsen auch die Einflüsse des europäischen Rechts, die zu fundamentalen Änderungen althergebrachter Grundsätze führten. Die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken war einerseits ein Einschnitt, andererseits nur eine Fortsetzung und Konsolidierung eines in der Judikatur bereits begonnenen Prozesses.

Die Idee einer systematischen Kommentierung des österreichischen UWG lag lange in der Luft. Spätestens die Novellierung im Zuge der Umsetzung der RL-UGP im Jahre 2007 war Anlass genug, diese Idee in die Tat umzusetzen.

Die neugefassten Regelungen werfen eine Vielzahl von grundsätzlichen Fragen, aber auch Einzelproblemen auf, für die die bisherige Judikatur und Lehre nur begrenzt Antworten beithält. Die Novellierung zwang dazu, eine gegenüber den alt eingefahrenen Geleisen neue Struktur zu entwickeln. Die abnehmende Bedeutung der Generalklausel des § 1 UWG, die zunehmende Bedeutung bzw. Neueinführung der Sondertatbestände und die wörtliche Umsetzung der Geschäftspraktikenliste waren systematisch einzubinden. Wir sind dabei einen Mittelweg gegangen und hoffen, damit zu einem guten Verständnis des neuen Lauterkeitsrechts beitragen zu können.

Zusammen mit einem jungen Team von Wissenschaftlern und Praktikern haben sich die Herausgeber die Aufgabe gestellt, einerseits die hergebrachte und sich entwickelnde Judikatur systematisch aufzubereiten, aber auch neue Akzente zu setzen und Wegweiser aufzurichten. Die Kommentierung will einerseits dem Praktiker eine rasche und verlässliche Orientierung bieten, andererseits will sie dabei auch wissenschaftlichen Maßstäben genügen. Die einschlägige österreichische Judikatur und Literatur sind vollständig verarbeitet. Das Manuskript wurde im März 2009 abgeschlossen; danach erschienene Literatur konnte nur in Ausnahmefällen nach Maßgabe der drucktechnischen Möglichkeiten berücksichtigt werden.

Von großem Vorteil war, dass auch bereits die ersten wegweisenden Entscheidungen des OGH berücksichtigt werden konnten. Angesichts der nunmehr stark europarechtlichen Fundierung des UWG liegt ein besonderer Schwerpunkt auch auf der europäischen Komponente, vor allem der Auslegung der einschlägigen Richtlinien und Entscheidungen des EuGH. Dies gilt gerade für Bereiche, die ganz neu eingefügt wurden, etwa die Geschäftspraktikenliste, aber auch solche, die grundlegenden Änderungen unterzogen wurden, wie §§ 1, 2 und 2a.

Vielfältige Schwierigkeiten waren zu überwinden. Wir danken dem Verlag Manz für die bereitwillige Aufnahme der Idee und vielfältige Unterstützung bei deren Umsetzung. Stellvertretend für alle Mitarbeiter des Verlages möchten wir uns ganz besonders bei unserer Lektorin Frau Mag. *Kathrin Wohlschlägl* bedanken, deren Genauigkeit und Umsicht maßgeblich zum Gelingen unseres Werkes beitrug. Wir hoffen, dass wir ein Produkt vorlegen, das Hilfestellung und Leitlinien für die künftige Praxis bietet, und dass unser Werk beim Leser freundliche Aufnahme findet. Der „Schnellebigkeit“ der Materie soll in Hinkunft durch regelmäßige Neuauflagen Rechnung getragen werden. Über Feedback und Anregungen würden wir uns sehr freuen.

Wien, im Juni 2009

*Andreas Wiebe
Georg E. Kodek*

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG²

(V)

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dr. **Axel Anderl**, LL.M. (IT-Law) ist Managing Partner bei DORDA Rechtsanwälte GmbH. Er leitet dort das IT/IP und Datenschutzteam sowie die Digital Industries Group. Er ist auf Wettbewerbsrecht, Urheber- sowie IT- und E-Commerce-Recht spezialisiert. Dr. Anderl ist Autor zahlreicher Fachpublikationen auf diesen Gebieten. Weiters ist er ua Lektor an diversen Universitäten und Fachhochschulen und Vortragender im Bereich Softwarerecht, Outsourcing und Wettbewerbsrecht. Dr. Anderl ist in diversen internationalen Anwaltsrankings als führend in seinen Fachbereichen ausgewiesen. Unter anderem ist er in der Legal Hall of Fame von legal500 für „TMT“ aufgenommen.

Univ.-Prof. Ing. Dr. **Clemens Appl**, LL.M. leitet das Zentrum für Geistiges Eigentum, Medien- und Innovationsrecht und ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationales, Europäisches und Österreichisches Urheberrecht an der Donau-Universität Krems. Der Schwerpunkt seiner Forschungs- und Publikationstätigkeit liegt in den Bereichen Urheberrecht, gewerblicher Rechtsschutz, Wettbewerbsrecht, Datenschutzrecht sowie in den Querschnittsmaterien Open Innovation, Software- und Technikrecht. Er ist Beirat und redaktioneller Leiter für mehrere juristische Fachpublikationen sowie Mitglied in verschiedenen Fachvereinen, darunter Obmann und Gründungsmitglied des Forschungsvereins für Technikrecht FTR sowie Mitglied des Vorstands des Forschungsvereins INFOLAW. Prof. Appl gehört den wissenschaftlichen Leitungsgremien verschiedener nationaler und internationaler Tagungen zum Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht an.

FH-Prof. Dr. **Peter Burgstaller**, LL.M. ist Rechtsanwalt bei Burgstaller & Partner in Linz. Er ist Fachhochschulprofessor für IT- und IP-Recht an Fakultät für Informatik/Medien/Kommunikation, FH OÖ, sowie allgemein beedeter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für Urheberfragen und Medienwesen. Außerdem ist er in Wirtschaftssachen als Schiedsrichter tätig und Mitglied der Domain-Panels der World Intellectual Property Organisation (WIPO) in Genf sowie des Czech Arbitration Court (CAC) in Prag.

Dr. **Andreas Frauenberger** ist Rechtsanwalt in Wien. Er war von 1990 bis 1995 als Assistent am Institut für Zivilgerichtliches Verfahren der Universität Wien tätig. Seit 2015 ist Dr. Frauenberger selbstständiger Rechtsanwalt bei Northcote.Recht. Er ist auf Wettbewerbs-, Medien-, Persönlichkeits-, Marken- und Urheberrecht spezialisiert. Dr. Frauenberger publiziert regelmäßig zu wettbewerbsrechtlichen und prozessualen Fragestellungen. Er ist neben dem vorliegenden Werk auch Mitautor mehrerer namhafter Kommentare im Bereich des Zivilprozessrechts.

Dr. **Christian Handig** ist als Mitarbeiter der Abteilung für Rechtspolitik der Wirtschaftskammer Österreich in der Interessenvertretung tätig. Daneben ist er unter anderem Vorstandsmitglied der Österreichischen Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, ständiger Mitarbeiter der Zeitschriften ÖBl und ip©ompetence, Mitherausgeber des Kommentars „urheber.recht“ sowie Fachautor und Vortragender im Bereich Wirtschaftsrecht.

Dr. **Roman Heidinger**, M.A. ist als Assistent am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht, Medien- und Informationsrecht (Univ.-Prof. Dr. Wiebe) der Georg-August-Universität Göttingen tätig. Zuvor war er als Assistent in der Abteilung für Informationsrecht und Immaterialgüterrecht der Wirtschaftsuniversität Wien und als

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Rechtsanwaltsanwärter in einer Wiener Wirtschaftskanzlei tätig. Die Schwerpunkte seiner Tätigkeit liegen im Softwarerecht (insb Rechtsfragen von Open Source Software), Urheberrecht, Patentrecht und Lauterkeitsrecht. Dr. Heidinger lehrt an der Universität Göttingen sowie an der WU Wien.

Dr. **Rainer Herzig** promovierte 1982 an der Universität Wien. Seit 1989 ist er als Rechtsanwalt und seit 1990 als Partner bei Preslmayr Rechtsanwälte OG tätig. Dr. Herzig befasst sich intensiv mit gewerblichem Rechtsschutz, dem Lauterkeitsrecht, dem Lebens- und Arzneimittelrecht sowie mit Firmengründungen und Umgründungen. Er publiziert regelmäßig zum Lauterkeitsrecht sowie zum Lebens- und Arzneimittelrecht. Seine Website: www.preslmayr.at.

Univ.-Prof. Dr. **Georg E. Kodek**, LL.M. (NWUSL) ist Hofrat des Obersten Gerichtshofs und Professor für Zivil- und Unternehmensrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien. Außerdem ist er als Vortragender im Rahmen der Richterausbildung tätig. Daneben ist er Autor zahlreicher Veröffentlichungen aus dem Bereich des Zivil- und Zivilverfahrensrechts.

Hon.-Prof. Dr. **Guido Kucsko**, Rechtsanwalt und Partner der Schönherr Rechtsanwälte GmbH, ist ein erfahrener Praktiker und Spezialist im Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht, Autor zahlreicher Fachpublikationen und lehrt an der Universität Wien.

Dr. **Hannes Lattenmayer**, LL.M. (Brügge) ist Rechtsanwalt in Wien (www.latyer.com) und spezialisiert im Wettbewerbs-, IT- und Immaterialgüterrecht. Er verfügt über mehrjährige Erfahrung bei der wettbewerbsrechtlichen Beratung sowie bei der gerichtlichen Vertretung in Wettbewerbsprozessen. Er ist Autor zahlreicher Bücher und Publikationen für in- und ausländische Fachzeitschriften.

Dr. **Petra Leupold**, LL.M. (UCLA) ist Leiterin der VKI-Akademie und der Abteilung Wissen im Verein für Konsumenteninformation (VKI) und Habilitandin am Institut für Zivilprozessrecht, Insolvenzrecht und Vergleichendes Prozessrecht an der JKU Linz. Sie ist Vorstandsmitglied von noyb (European Center for Digital Rights), Chefredakteurin der Zeitschrift für Verbraucherrecht (VbR) und fachliche Leiterin der Jahrestagung Verbraucher & Recht. Regelmäßige Publikations-, Vortrags- und Lehrtätigkeit im Zivil-, Zivilprozess- und Unternehmensrecht.

Dr. **Katharina Schmid** hat nach ihrem Diplom- und Doktoratsstudium in Graz die Rechtsanwaltsausbildung in namhaften Rechtsanwaltssozietäten in Graz und Wien absolviert und war von 2005 bis 2007 als Anwältin im Büro einer internationalen Rechtsanwaltssozietät in Alicante, Spanien (Sitz des Europäischen Amtes für Geistiges Eigentum) tätig. Seit 2005 ist sie als Anwältin zugelassen und hat 2007 ihre eigene Kanzlei „schmid-ip“ gegründet. Seither berät und vertritt sie nationale und internationale Mandanten in allen Bereichen des nationalen und internationalen Marken- und Kennzeichenrechts, im Design- und Urheberrecht und unlauteren Wettbewerbs- und Internetrecht. Daneben hält sie regelmäßig Vorträge und publiziert in den genannten Rechtsgebieten. Ihre Website: www.schmid-ip.at.

Hon.-Prof. Dr. **Clemens Thiele**, LL.M. Tax (GGU) hat nach Diplom- und Doktoratsstudium in Salzburg (1988–1992) und Postgraduate-Studium an der Golden Gate University, San Francisco, seine anwaltliche Tätigkeit in den USA, Deutschland und Österreich begonnen. 1999 wurde er als Anwalt zugelassen, 2002 gründete er die Kanzlei EUROLAWYER® in Salzburg. Seit 2004 gerichtlich beideter Sachverständiger für Urheberfragen aller Art. Durch zahlreiche Publikationen ist er als Spezialist im Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht bekannt. Seit 2014 Honorarprofessor der Universität Salzburg, Fachbereich Privatrecht. Seine Website: www.eurolawyer.at.

(VIII)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG²

Univ.-Prof. Dr. **Andreas Wiebe**, LL.M. (Virginia) promovierte zum Know-how-Schutz von Computersoftware und habilitierte zur elektronischen Willenserklärung, beides an der Universität Hannover. Von 2002 bis 2009 war er Leiter der Abteilung für Informationsrecht und Immaterialgüterrecht an der WU Wien. Seit Mai 2009 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht. Medien- und Informationsrecht an der Universität Göttingen. Er ist Obmann des Forschungsvereins Infolaw und Mitherausgeber und Beiratsmitglied verschiedener Zeitschriften in Österreich, Deutschland und Europa. Schwerpunkt der Forschung und der vielfältigen deutsch- und englischsprachigen Publikationen ist das Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht.

Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG

BGBl 1984/448 (Wv) idF BGBl 1988/422, 1992/147, 1993/227, 1994/422, I 1999/111, I 1999/185, I 1999/191, I 2000/55, I 2001/136, I 2006/106, I 2007/79, I 2013/13, I 2013/112, I 2015/49, I 2016/99, I 2018/109, I 2019/104.

Bearbeitet haben:

<i>Axel Anderl:</i>	§ 2, Anhang zu § 2
<i>Clemens Appl:</i>	§ 2, Anhang zu § 2
<i>Peter Burgstaller:</i>	§ 1 V., § 1 a, Anhang zu § 1 a
<i>Andreas Frauenberger:</i>	§ 1 IV.
<i>Christian Handig:</i>	Einleitung, § 1 II., § 3; §§ 7, 8, § 9 c, §§ 38–45
<i>Roman Heidinger:</i>	§ 1 I.
<i>Rainer Herzig:</i>	§ 2 a, §§ 18–20, § 26
<i>Georg E. Kodek:</i>	§§ 14–17, § 24
<i>Guido Kucsko:</i>	§§ 27–37
<i>Hannes Lattenmayer:</i>	§ 9 a
<i>Petra Leupold:</i>	§§ 14–17, § 24
<i>Katharina Schmid:</i>	§ 9, § 21, § 25
<i>Clemens Thiele:</i>	§§ 4–6, Vor §§ 10–13, §§ 10–13, §§ 26 a–26 j
<i>Andreas Wiebe:</i>	Einleitung, § 1 III.

Paragrafenübersicht

I. ABSCHNITT

ZIVILRECHTLICHE UND STRAFRECHTLICHE BESTIMMUNGEN

1. Handlungen unlauteren Wettbewerbes

- § 1. Unlautere Geschäftspraktiken
- § 1 a. Aggressive Geschäftspraktiken
Anhang zu § 1 a – Aggressive Geschäftspraktiken Z 24–31
- § 2. Irreführende Geschäftspraktiken
Anhang zu § 2 – Irreführende Geschäftspraktiken Z 1–23
- § 2 a. Vergleichende Werbung
- § 3.
- § 4.
- § 5. Einziehung
- § 6.
- § 7. Herabsetzung eines Unternehmens
- § 8. Geographische Angaben
- § 9. Mißbrauch von Kennzeichen eines Unternehmens
- § 9 a. *Zugaben [aufgehoben durch BGBl I 2013/13]*
- § 9 b. *[aufgehoben durch BGBl 1994/422]*
- § 9 c. Verkauf gegen Vorlage von Einkaufsausweisen, Berechtigungsscheinen und dergleichen
- § 10. Bestechung von Bediensteten oder Beauftragten
- § 11. Verletzung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen. Mißbrauch anvertrauter Vorlagen
- § 12.
- § 13. Zivilrechtliche Ansprüche im Falle des § 10

2. Allgemeine Bestimmungen

- § 14. Anspruch auf Unterlassung
- § 14 a. Auskunftsanspruch
- § 15.
- § 16. Umfang der Schadenersatzpflicht
- § 17. Haftung mehrerer für einen Schaden verantwortlicher Personen
- § 18. Bestimmungen über die Haftung für Handlungen im Betrieb eines Unternehmens
- § 19.
- § 20. Verjährung zivilrechtlicher Ansprüche

Paragrafenübersicht

- § 21. Einstellung unerlaubter Mitteilungen in Druckwerken
- § 22. *[aufgehoben durch BGBl 1938/135]*
- § 23. *[aufgehoben durch BGBl 1938/135]*
- § 24. Einstweilige Verfügungen
- § 25. Urteilsveröffentlichung
- § 26. Ausschließung der Öffentlichkeit der Verhandlung

3. Zivilrechtliche Sonderbestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen

- § 26a. Geltungsbereich
- § 26b. Begriffsbestimmungen
- § 26c. Rechtswidriger Erwerb, rechtswidrige Nutzung und rechtswidrige Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen
- § 26d. Rechtmäßiger Erwerb, rechtmäßige Nutzung und rechtmäßige Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen sowie Ausnahmen
- § 26e. Zivilrechtliche Ansprüche zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen, Verjährung
- § 26f. Unterlassungsanspruch und dessen Erlöschen
- § 26g. Beseitigungsanspruch
- § 26h. Wahrung der Vertraulichkeit von Geschäftsgeheimnissen im Verlauf von Gerichtsverfahren
- § 26i. Einstweilige Verfügung zur Sicherung vor Eingriffen in Geschäftsgeheimnisse
- § 26j. Voraussetzungen für Antragstellung der einstweiligen Verfügung sowie Sicherungsmittel

II. ABSCHNITT

VERWALTUNGSRECHTLICHE BESTIMMUNGEN

1. Verbot des Abschlusses von Verträgen nach dem Schneeballsystem und glückspieler-tiger Formen des Vertriebes von Waren

- § 27.
- § 28.
- § 28a.
- § 29.

2. Verbot des Hinweises auf eine Konkursmasse beim Verkauf von Waren

- § 30. *[aufgehoben durch BGBl 2015/49]*

3. Anmaßung von Auszeichnungen und Vorrechten

- § 31.

4. Vorschriften über Kennzeichnungen

- § 32.
- § 33.

(XIV)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG²

4a. Ankündigung von Ausverkäufen

§ 33 a.

§ 33 b.

§ 33 c.

4b. Verbot von Geoblocking

§ 33 d.

§ 33 e. *[aufgehoben durch BGBl I 2013/112]*

§ 33 f. *[aufgehoben durch BGBl I 2013/112]*

5. Allgemeine Bestimmungen zu den §§ 27 bis 33 f

§ 34.

6. Zurückbehaltung von Waren durch das Zollamt Österreich

§ 35.

§ 36.

§ 37.

III. ABSCHNITT

GEMEINSAME UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 38. Anwendbarkeit des Gesetzes auf land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse und Leistungen

§ 39. Bildliche Darstellungen und sonstige Veranstaltungen

§ 40. Schutz von Ausländern

§ 41. Vergeltungsrecht

§ 42. Übergangsbestimmungen

§ 43.

§ 44. Inkrafttreten

§ 45. Bezugnahme auf Gemeinschaftsrecht

Abkürzungsverzeichnis

aA	=	anderer Ansicht
aaO	=	am angeführten Ort
AB	=	Ausschussbericht
AB 2007	=	Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Industrie über die RV der UWG-Nov 2007, 236 BlgNR 23. GP
ABGB	=	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch JGS 946
Abk	=	Abkommen
ABl	=	Amtsblatt
abl	=	ablehnend
Abs	=	Absatz
abw	=	abweichend
AcP	=	„Archiv für die civilistische Praxis“
ADV	=	Automatisierte Datenverarbeitung
aE	=	am Ende
aF	=	alte Fassung
AG	=	Antragsgegner; Aktiengesellschaft
AGB	=	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHG	=	Amtshaftungsgesetz BGBl 1949/20
AktG	=	Aktiengesetz 1965 BGBl 1965/98
allg	=	allgemein, -e, -en, -er, -es
aM	=	anderer Meinung
AMG	=	Arzneimittelgesetz BGBl 1983/185
Anh	=	Anhang
Anl	=	Anlage
Anm	=	Anmerkung
AnwBl	=	„Österreichisches Anwaltsblatt“
AnwZ	=	„Österreichische Anwaltszeitung“
ARD	=	„ARD-Betriebsdienst“
arg	=	argumentum
Art	=	Artikel
ASVG	=	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz BGBl 1955/189
AtomHG	=	Atomhaftungsgesetz 1999 BGBl I 1998/170
Aufl	=	Auflage
AußStrBeglG	=	Außerstreitbegleitgesetz BGBl I 2003/112
AusverkaufsG 1985	=	Kundmachung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 25. 1. 1985, mit der die Ausverkaufsverordnung wiederverlautbart wird, BGBl 1985/51 (<i>aufgehoben durch das WettDerG 1992 BGBl 1992/147</i>)
AusverkaufsV 1933	=	Ausverkaufsverordnung BGBl 1933/508 (Wv 1985/51)
AVG	=	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51
BAO	=	Bundesabgabenordnung BGBl 1961/194
BB	=	„Der Betriebsberater“
Bekl	=	Beklagte, -r

Abkürzungsverzeichnis

BG	= Bezirksgericht; Bundesgesetz
BGB	= (deutsches) Bürgerliches Gesetzbuch dRGBI 1896, 195
BGBI	= Bundesgesetzblatt
BGH	= (deutscher) Bundesgerichtshof
BKA	= Bundeskanzleramt
Blg	= Beilage, -n
BlgAH	= Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses des Reichsrates
BlgNR	= Beilage(n) zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	= Bundesminister, -in; Bundesministerium
BMJ	= Bundesminister(ium) für Justiz; nunmehr Bundesminister(ium) für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
BMSGK	= Bundesminister(ium) für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
BMSGK	= Bundesminister(ium) für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
BMVRDJ	= Bundesminister(ium) für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
BReg	= Bundesregierung
bspw	= beispielsweise
BVerfG	= (deutsches) Bundesverfassungsgericht
BVergG	= Bundesvergabegesetz 2018 BGBl I 2018/65
B-VG	= Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1
BWG	= Bankwesengesetz BGBl 1993/532
BWK	= Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft; nunmehr: Wirtschaftskammer Österreich
bzw	= beziehungsweise
ca	= circa (ungefähr)
d	= deutsch, -e, -er, -es
dens	= denselben
ders	= derselbe
dh	= das heißt
dhL	= deutsche herrschende Lehre
DRdA	= „Das Recht der Arbeit“
DSG	= Datenschutzgesetz BGBl I 1999/165 (bis BGBl I 2017/120 „DSG 2000, Datenschutzgesetz 2000“)
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung, VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr ABl L 2016/119, 1
dt	= deutsche, -r, -n, -s
dUWG	= deutsches Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 2010
dZPO	= deutsche Zivilprozessordnung
E	= Entscheidung, -en
EBLR	= „European Business Law Review“
ECG	= E-Commerce-Gesetz BGBl I 2001/152
ecolex	= „Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht“

(XVIII)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG²

E-Commerce-RL	= Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. 6. 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) ABl L 2000/178, 1 – 16
EFSIlg	= Ehe- und familienrechtliche Entscheidungen
EG	= Europäische Gemeinschaft, -en
EGMR	= Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGVG	= Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008 BGBl I 2008/87
EGZPO	= Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung RGBl 1895/112
Einf	= Einführung
Einl	= Einleitung
einschr	= einschränkend
EKMR	= Europäische Kommission für Menschenrechte
ELR	= „European Law Review“
EMRK	= Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210
endg	= endgültig
Energie-VersorgungssicherheitsG	= Energie-Versorgungssicherheitsgesetz BGBl I 2006/106
Enforcement-Directive	= Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des Geistigen Eigentums 2004/48/EG
Entw	= Entwurf
EO	= Exekutionsordnung RGBl 1896/79
EO-Nov 2008	= Novelle der Exekutionsordnung BGBl I 2008/82
Erk	= Erkenntnis
Erläut	= Erläuterung, -en
ErläutRV	= Erläuterungen zur Regierungsvorlage
ErmächtigungsG	= Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz vom 24. 7. 1917 RGBl 1917, 307
ErwGr	= Erwägungsgrund
etc	= et cetera
EU	= Europäische Union
EuGH	= Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	= Europäisches Übereinkommen vom 27. 9. 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen BGBl III 1998/209 (Brüsseler Übereinkommen); s nunmehr die EuGVVO
EuGVVO	= VO (EU) 2012/1215 des Rates vom 12. 12. 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EUI	= European University Institute
EuLF	= „European Legal Forum“
EuR	= Europarecht
EuZW	= „Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“
EV	= einstweilige Verfügung
EvBl	= „Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen“ in ÖJZ
EVKO	= Verordnung über die Einführung einer Konkursordnung, einer Ausgleichsordnung und einer Anfechtungsordnung RGBl 1914/337
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Abkürzungsverzeichnis

EWR	=	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	=	„Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht“
f	=	und der, die folgende
Fa	=	Firma
FAGG	=	Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz
FamRZ	=	„Zeitschrift für das gesamte Familienrecht“
FamZ	=	„Zeitschrift für Familienrecht“
FBG	=	Firmenbuchgesetz BGBl 1991/10
FernabsatzRL	=	Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 9. 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619/EWG des Rates und der Richtlinien 97/7/EG und 98/27/EG
ff	=	und die folgenden
FN	=	Fußnote
FS	=	Festschrift
G	=	Gesetz; Gericht
GedS	=	Gedächtnisschrift; Gedenkschrift
GelverkG	=	Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 BGBl 1996/112
gem	=	gemäß
GentechnikG	=	Gentechnikgesetz BGBl 1994/510
Geo	=	Geschäftsordnung
GesBR	=	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesRZ	=	„Der Gesellschafter“
GewO	=	Gewerbeordnung 1973, wiederverlautbart BGBl 1994/194
GG-RL	=	Geschäftsgeheimnisrichtlinie, Richtlinie 2016/943/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. 6. 2016 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung ABl L 2016/157, 1
ggf	=	gegebenenfalls
ggt	=	gegenteilig
GH	=	Gerichtshof; „Gerichtshalle“
GmbH	=	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	=	Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung RGBl 1906/58
GMG	=	Gebrauchsmustergesetz BGBl 1994/211
GP	=	Gesetzgebungsperiode
grds	=	grundsätzlich
GRUR	=	„Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“
GRUR Ausl	=	„Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Auslands- und internationaler Teil“ bis 1966, der Titel lautet seit 1967 „GRURInt“
GRUR Int	=	„Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“, Internationaler Teil (ab 1967)
GSpG	=	Glücksspielgesetz BGBl 1989/620
GZ	=	„Österreichische Allgemeine Gerichtszeitung“
H	=	Heft
HA	=	Handelsausschuss
hA	=	herrschende, -r Ansicht
HG	=	Handelsgericht

(XX)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG²

HGB	=	Handelsgesetzbuch RGBI 1897, 219
hL	=	herrschende Lehre
HiSchG	=	Halbleiterschutzgesetz BGBl 1988/372
hM	=	herrschende Meinung
Hrsg	=	Herausgeber, -in
hrsg	=	herausgegeben
HS	=	Halbsatz
HWR	=	„Handel Wirtschaft Recht“, Schriftenreihe des Instituts für Handelsrecht an der Universität Innsbruck
idF	=	in der Fassung
idgF	=	in der geltenden Fassung
idR	=	in der Regel
idS	=	in diesem Sinn
IEG	=	Insolvenzrechtseinführungsgesetz BGBl I 1997/114 (Art III) <i>siehe auch</i> EVKO
ieS	=	im engeren Sinn
immolex	=	„Zeitschrift für neues Miet- und Wohnrecht“
inkl	=	inklusive
insb	=	insbesondere
IntBer	=	„Internationale Berichte über Patent-, Marken- und Musterrecht, Urheberrecht und unlauteren Wettbewerb“
InvFG	=	Investmentfondsgesetz 1993 BGBl 1993/532
IO	=	Bundesgesetz über das Insolvenzverfahren (Insolvenzordnung) RGBI 1914/337
IPRax	=	„Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts“
IPRG	=	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht BGBl 1978/304
IRÄG 1982	=	Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1982 BGBl 1982/370
IRÄG 1997	=	Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1997 BGBl I 1997/114
IRÄG 2010	=	Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2010 BGBl I 2010/29
IRÄG 2017	=	Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2017 BGBl I 2017/122
IrreführungsRL	=	Richtlinie 2006/114/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. 12 2006 über irreführende und vergleichende Werbung (kodifizierte Fassung)
IrreführungsRL	=	Richtlinie 84/450/EWG über irreführende Werbung zwecks Einbeziehung der vergleichenden Werbung idF der Richtlinie 97/55/EG vom 6. 10. 1997 ABl L 1997/290, 18
iS	=	im Sinn
iSd	=	im Sinne des/r
iSv	=	im Sinne von
iVm	=	in Verbindung mit
iwS	=	im weiteren Sinn
iZm	=	im Zusammenhang mit
JA	=	Bericht des Justizausschusses zur RV des UWG, 913 BlgNR 1. GP
JAB	=	Justizausschussbericht
JAP	=	„Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung“
JBl	=	„Juristische Blätter“
JME	=	Justizministerialerlass
JN	=	Jurisdiktionsnorm RGBI 1895/111
Jud	=	Judikatur

Abkürzungsverzeichnis

JusIT	= „Zeitschrift für IT-Recht“
JZ	= „Juristenzeitung“
KaGeRÄG 2012	= Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz 2012, BGBl I 2013/13
KartG	= Kartellgericht; Kartellgesetz 2005 BGBl I 2005/61
KaWeRÄG 2017	= Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz 2017, BGBl I 2017/56
KFG	= Kraftfahrzeuggesetz 1967 BGBl 1967/267
KG	= Kommanditgesellschaft
KO	= Konkursordnung RGBl 1914/337; nunmehr: Insolvenzordnung (IO)
kodifizierte IrreführungsRL	= Richtlinie 2006/114/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 12. 12. 2006 über irreführende und vergleichende Werbung ABl L 2006/376, 21
KOG	= Kartellobergericht
KOM	= Dokumente der Kommission der Europäischen Gemeinschaft
KRES	= Konsumentenrecht-Entscheidungssammlung, hrsg vom Verein für Konsumenteninformation
krit	= kritisch
KSchG	= Konsumentenschutzgesetz BGBl 1979/140
KWG	= Kreditwesengesetz 1979 BGBl 1979/63; nunmehr: Bankwesengesetz (BWG)
LG	= Landesgesetz; Landesgericht
LGBL	= Landesgesetzblatt
LGVÜ	= Übereinkommen vom 16. 9. 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) BGBl 1996/448
LGZ	= Landesgericht für Zivilrechtssachen
lit	= litera (Buchstabe)
LReg	= Landesregierung
LS	= Leitsatz
lt	= laut
Markenrechts-Novelle 1999	= BG, mit dem das MSchG 1970 und das UWG 1984 geändert werden (Markenrechts-Nov 1999) BGBl I 1999/111
MarkSchG	= Markenschutzgesetz 1970 BGBl 1970/260
Mat	= Materialien
mE	= meines Erachtens
ME	= Ministerialerlass
MedienG	= Mediengesetz BGBl 1981/314
Mediengesetz-Novelle 2005	= Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz) geändert wird BGBl I 2005/49
MietSlg	= „Mietrechtliche Entscheidungen“
MR	= „Medien und Recht“
MSchG	= Markenschutzgesetz 1970 BGBl 1970/260
MuSchG	= Musterschutzgesetz 1990 BGBl 1990/497
MuW	= „Markenschutz und Wettbewerb“
mwN	= mit weiteren Nachweisen
NahversG	= BG vom 29. 6. 1977 zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen – Nahversorgungsgesetz BGBl 1977/392

(XXII)

Wiebe/Kodek (Hrsg), UWG²

nF	= neue Fassung
NJW	= „Neue Juristische Wochenschrift“
NJWE-WettbR	= „NJW-Entscheidungsdienst Wettbewerbsrecht“
Nov	= Novelle
NP-VO	= VO (EU) 2018/1807 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. 11. 2018 über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten in der Europäischen Union ABl L 2018/303, 59
NR	= Nationalrat
Nr	= Nummer
NRsp	= „Neue Rechtsprechung des OGH“ in „Österreichische Juristen-Zeitung“
NVG	= BG vom 3. 2. 1972 über die Pensionsversicherung für das Notariat – Notarversicherungsgesetz 1972 BGBl 1972/66
NZ	= „Österreichische Notariats-Zeitung“
oÄ	= oder Ähnliche(s)
ÖBA	= „Österreichisches Bankarchiv“
ÖBl	= „Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht“
ÖBl-LS	= Leitsätze im ÖBl
odgl	= oder dergleichen
öff	= öffentlich, -e, -er, -es
OG	= Offene Gesellschaft
ÖGB	= Österreichischer Gewerkschaftsbund
OGH	= Oberster Gerichtshof
ÖJT	= Österreichischer Juristentag
ÖJZ	= „Österreichische Juristen-Zeitung“
ÖJZ-LSK	= Leitsatzkartei in ÖJZ
OLG	= Oberlandesgericht
OPM	= Oberster Patent- und Markensenat
ORF	= Österreichischer Rundfunk
ÖSGRUM	= Österreichische Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht
österr	= österreichisch, -e, -er, -es
öUWG	= österreichisches UWG
OZK	= „Zeitschrift für Kartell- und Wettbewerbsrecht“
ÖZW	= „Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“
Patent- und Markenrechts-Novelle 2014	= Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970, das Gebrauchsmustergesetz, das Patentverträge-Einführungsgesetz, das Schutzzertifikatsgesetz 1996, das Halbleiterschutzgesetz, das Markenschutzgesetz 1970, das Musterschutzgesetz 1990, das Patentamtgebührengesetz, das Sortenschutzgesetz 2001, das Patentanwaltsgesetz und die Jurisdiktionsnorm geändert werden BGBl I 2013/126
PatG 1970	= Patentgesetz 1970 BGBl 1970/259
PatV-EG	= Patentverträge-Einführungsgesetz BGBl 1979/52
PBl	= „Österreichisches Patentblatt“
pers	= persönlich, -e, -er, -es
Pkt	= Punkt
PrAG	= Preisauszeichnungsgesetz BGBl 1992/146

Abkürzungsverzeichnis

ProkG	= Finanzprokuratorgesetz BGBl I 2008/110
Prot	= Protokoll, -e
PVÜ	= Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums BGBl 1973/399
RabelsZ	= „Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht“
RabattG	= Rabattgesetz dRGBI 1933 I 1011
RAK	= Rechtsanwaltskammer
RAO	= Rechtsanwaltsordnung RGBI 1868/96
RATG	= Rechtsanwaltstarifgesetz BGBl 1969/189
rd	= rund
RdA	= „Recht der Arbeit“
RdM	= „Recht der Medizin“
RdU	= „Recht der Umwelt“
RDUE	= „Revue du droit de l'Union européenne et du Marché unique“
RdW	= „Österreichisches Recht der Wirtschaft“
RfR	= „Rundfunkrecht“, Beilage zu ÖBl
RGBI	= Reichsgesetzblatt
RIS	= Rechtsinformationssystem des Bundes
RIW	= „Recht der Internationalen Wirtschaft“
RL	= Richtlinie, -n
RL-AVMD	= Richtlinie 2007/65/EG über audio-visuelle Mediendienste ABl L 2007/332, 27 (nunmehr Richtlinie 2010/13/EU)
RL-IVW	= Richtlinie 2006/114/EG über irreführende und vergleichende Werbung ABl L 2006/376, 21
RL-UGP	= Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinie 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung EG 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken) ABl L 2005/149, 22
RN	= Randnummer, -note
Rs	= Rechtssache
Rsp	= „Rechtsprechung“
R-ÜG	= Rechts-Überleitungsgesetz StGBI 1945/6
RuW	= „Recht und Wettbewerb“, offizielle Mitteilungen des Schutzverbandes gegen unlauteren Wettbewerb
RV	= Regierungsvorlage
RWK	= „Recht und Wirtschaft des Kaufmannes“
RZ	= „Österreichische Richterzeitung“
Rz	= Randzahl
s	= siehe
Sess	= Session
Slg	= Sammlung
sog	= sogenannte, -r, -s
StGB	= Strafgesetzbuch BGBl 1974/60
StGBI	= Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich
StGG	= Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger RGBI 1867/142

StPO	=	Strafprozeßordnung 1975 BGBl 1975/631 (WV)
StProt	=	stenographische(s) Protokoll(e)
str	=	strittig
stRsp	=	ständige Rechtsprechung
SWK	=	„Österreichische Steuer- und Wirtschaftskartei“
SZ	=	„Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofs in Zivil- und (Justizverwaltungs-)sachen“
teilw	=	teilweise
TKG 2003	=	Telekommunikationsgesetz BGBl I 2003/70
TP	=	Tarifposten
TRIPS	=	Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Anhang 1 C des WTO-Abkommens BGBl 1995/1) (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights)
ua	=	und andere, -s; unter anderem
uÄ	=	und Ähnliche, -s
udgl	=	und dergleichen
uE	=	unseres Erachtens
UGB	=	Unternehmensgesetzbuch dRGGl 1897, 219
UNO	=	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
UnterlassungsklagenRL	=	Richtlinie 98/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. 5. 1998 über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen ABl L 1998/166, 51 (nunmehr: Richtlinie 2009/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 4. 2009 über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen)
UrhG	=	Urheberrechtsgesetz BGBl 1936/111
USt	=	Umsatzsteuer
usw	=	und so weiter
uU	=	unter Umständen
uva	=	und viele(s) andere
UVS	=	Unabhängige(r) Verwaltungssenat(e)
UWG	=	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 BGBl 1984/448
UWG-Novelle 1980	=	BG vom 6. 3. 1980, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Exekutionsordnung geändert werden BGBl 1980/120
UWG-Novelle 2007	=	BG, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 geändert wird BGBl I 2007/79
UWG-Novelle 2013	=	Änderung des BG gegen unlauteren Wettbewerb 1984 BGBl I 2013/112
UWG-Novelle 2018	=	BG, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984, die Zivilprozessordnung und das Verbraucherbehörden-Kooperationsgesetz geändert werden BGBl I 2018/109
uzw	=	und zwar
v	=	vom, -n
V	=	Verordnung
VbVG	=	Verbandsverantwortlichkeitsgesetz BGBl I 2005/151
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfO	=	Verfahrensordnung des EuGH ABl L 1991/176, 1 (7) (nunmehr: Verfahrensordnung des EuGH ABl L 2015/105, 1)

Abkürzungsverzeichnis

VfSlg	= „Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes“, Neue Folge
vgl	= vergleiche
VKI	= Verein für Konsumenteninformation
Vlbg	= Vorarlberg
VO	= Verordnung (EG, EU)
VrInfo	= „Informationen zum Verbraucherrecht“
VStG	= Verwaltungsstrafgesetz 1991 BGBl 1991/52
VVG	= Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 BGBl 1991/53
VwGH	= Verwaltungsgerichtshof
VwSlg	= „Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes“
wbl	= „Wirtschaftsrechtliche Blätter“
WettbG	= Wettbewerbsgesetz BGBl I 2002/62
WettDerG	= Wettbewerbs-Deregulierungsgesetz 1992 BGBl 1992/147
WGN 1997	= Erweiterte Wertgrenzen-Novelle BGBl I 1997/140
WiPBl	= „Wirtschaftspolitische Blätter“
WK	= Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch/zur Strafprozessordnung
WKÖ	= Wirtschaftskammer Österreich
wobl	= „wohnrechtliche Blätter“
WR	= „Der Wiener Richter“
WRP	= „Wettbewerb in Recht und Praxis“
WUA	= Welturheberrechtsabkommen BGBl 1957/108
W-ÜG	= Wettbewerbsrecht-Überleitungsgesetz BGBl 1947/145
Wv	= Wiederverlautbarung
Z	= Ziffer
Zak	= „Zivilrecht aktuell“
ZAS	= „Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht“
zB	= zum Beispiel
ZBl	= „Zentralblatt für die juristische Praxis“
ZEuS	= „Zeitschrift für europarechtliche Studien“
ZfRV	= „Zeitschrift für Rechtsvergleichung“
ZfVB	= „Die administrativrechtlichen Entscheidungen des VwGH und die verwaltungsrechtlich relevanten Entscheidungen des VfGH in lückenloser Folge“ (Beilage zur „Zeitschrift für Verwaltung“ – ZfV)
ZIK	= „Zeitschrift für Insolvenzschutz und Kreditrecht“
ZIIR, ZIR	= „Zeitschrift für Informationsrecht“
ZIP	= „Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“
zit	= zitierte, -r, -s, -n
Zl	= Zahl
ZPO	= Zivilprozeßordnung RGBl 1895/113
zT	= zum Teil
ZTG	= Ziviltechnikergesetz 1993 BGBl 1994/156
ZugG	= Zugabengesetz BGBl II 1934/196 (aufgehoben durch BGBl 1992/147)
zust	= zustimmend
zutr	= zutreffend
ZUV	= „Zeitschrift für öffentliches Recht“, seit 2006 „UVS aktuell“
ZVN	= Zivilverfahrens-Novelle
ZVR	= „Zeitschrift für Verkehrsrecht“
zw	= zweifelhaft

ZZP	= „Zeitschrift für Zivilprozeß“
ZZPint	= „Zeitschrift für Zivilprozess International“

Literaturverzeichnis

Weiterführende und vertiefende Literatur zu den einzelnen Paragraphen des UWG finden Sie bei den jeweiligen Kommentierungen.

- Angst/Oberhammer* (Hrsg), Kommentar zur Exekutionsordnung³ (2015)
Beater, Unlauterer Wettbewerb (2002) (2011)
Burgstaller/Deixler-Hübner (Hrsg), Exekutionsordnung – Kommentar (ab 1999)
Fasching/Konecny (Hrsg), Kommentar zu den Zivilprozeßgesetzen² (ab 2002) ³ (ab 2013)
Fezer/Büscher/Obergfell (Hrsg), UWG³ (2016)
Gamerith/Mildner, Wettbewerbsrecht I – UWG⁹ (2016)
M. Gumpoldsberger/Baumann (Hrsg), Kommentar zum UWG (2006)
M. Gumpoldsberger/Baumann (Hrsg), Ergänzungsband zum UWG-Kommentar (2009)
Harte-Bavendamm/Henning-Bodewig (Hrsg), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb⁴ (2016)
Hohenecker/Friedl, Wettbewerbsrecht (1959)
Kadečka, Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (1924)
Kletečka/Schauer, ABGB-Kommentar (ab 2010)
Köhler/Bornkamm/Feddersen, Kommentar zum UWG³⁷ (2019)
Koppensteiner, Österreichisches und europäisches Wettbewerbsrecht³ (1997) ⁴ (2012)
Koppensteiner, Österreichisches und europäisches Wettbewerbsrecht. Markenrecht⁴ (2012)
Koziol/Bydlinski/Bollenberger (Hrsg), Kurzkomentar zum ABGB⁵ (2017)
Krejci/Keßler/Augenhofer (Hrsg), Lauterkeitsrecht im Umbruch (2005)
Kucsko/Schumacher (Hrsg), marken.schutz² (2013)
Münchener Kommentar zum Lauterkeitsrecht³ (2019)
Ohly/Sosnitza, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb⁷ (2016)
Rummel/Lukas (Hrsg), Kommentar zum Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch⁴ (ab 2015)
Schutzverband gegen unlauteren Wettbewerb (Hrsg), Aktuelle Fragen des Lauterkeitsrechts (2004)
Schönherr, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (1982)
Schwimann (Hrsg), Praxiskommentar zum ABGB³ (2006)
Schwimann/Kodek (Hrsg), Praxiskommentar zum ABGB, Band I und II⁵ (2018)
Wiltschek/Horak, UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb⁸ (2016)

